

KGW's Rundschreiben



24.03.2016
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Bei den vielen Problemen, die Europa im Augenblick hat, ist es schwer, Prioritäten zu setzen. Die Flüchtlingskrise, die Festsetzung des Leitzinses durch die EZB auf 0, das Griechenlandproblem, die Finanzkrise (in jüngster Zeit lässt das Wachstum in den südosteuropäischen Krisenstaaten nach und die Schulden steigen), der drohende Austritt der Briten aus der EU und andere mehr sind aktuelle Schlagzeilen. **Griechenland** hinkt mit den zugesagten Reformen hinterher. Obwohl die Lohnstückkosten in den letzten 5 Jahren sanken, sind sie immer noch zu hoch. Landwirte protestieren massiv auf den Straßen, weil sie dagegen sind, höhere Beiträge für die Rentenkasse zu bezahlen. Der Umbau des Rentensystems ist wesentliche Voraussetzung für künftige Schuldenerleichterungen und weitere Zahlungen der Geldgeber an Griechenland. Mitte diesen Jahres wird Griechenland erneut auf dem Prüfstand stehen und das Thema Grexit wird dann wieder aktuell. **Italien** hat ebenfalls zu hohe Lohnstückkosten und hinkt mit seiner Volkswirtschaft der Eurozone hinterher. Matteo Renzi hat wohl bei seinem Amtsantritt mehr versprochen, als er bis heute eingehalten hat. **Spanien**: kurz vor Weihnachten letzten Jahres gab es Parlamentswahlen. Bis heute verhandeln die Parteien allerdings über die neue Regierung. Das bedeutet politische Instabilität. Eine neue Regierung müsste mit einer Stimmenmehrheit dringend erforderliche Reformen anstoßen und umsetzen. Würde sich das nicht realisieren lassen, gebe es Ende Juni Neuwahlen und mit der entsprechenden Mehrheit im Herbst eine handlungsfähige Regierung. Dass diese unsichere politische Situation Spanien erheblich schwächt, liegt auf der Hand. **Portugal** hat Anfang Oktober letzten Jahres ein neues Parlament gewählt. Der Chef der Minderheitsregierung, António Costa, hält bis heute die angeschobenen Reformen (welche die Konservativen der letzten Regierung in die Wege geleitet haben) zurück. Das beschleunigt die Wirtschaftskrise des Landes. Brüssel hat die Portugiesen bereits von 2011 bis 2014 mit 78 Milliarden Euro vor der Pleite gerettet. Vielleicht stehen sie schon bald wieder beim Rettungsschirm ESM und beantragen einen Notkredit. **Frankreich** hat ein schwaches Wirtschaftswachstum. Deshalb wird Präsident Francois Hollande nicht sparen. Damit sympathisiert er mit den südlichen Nachbarn, die sich ebenfalls gegen strengere Sparauflagen wehren. Wenn Deutschland in Europa auf mehr Haushaltsdisziplin und höhere Wettbewerbsfähigkeit setzt, findet man in Frankreich keinen Befürworter. Die EZB tut ihr übriges, indem sie mit niedrigen Zinsen und großflächigen Anlageaufkäufen den Mahnungen zur Sparsamkeit (von Kanzlerin Merkel und Minister Schäuble) entgegensteht. Die verschuldeten Staaten nutzen die niedrigen Zinsen im Augenblick nicht, um ihre Schulden abzubauen.

Für das Berliner Jacques Delors Institut soll unter anderem der deutsche Finanzexperte Jörg Asmussen mit einem Expertengremium bis nächsten Herbst Reformideen für die Eurozone entwickeln. Der Euro ist in seiner jetzigen Ausgestaltung langfristig nicht überlebensfähig, sagt der Professor der Hertie School of Governance, und deshalb muss die Eurozone renoviert werden. Im März soll das Gutachten fertig sein und dann werden wir mehr wissen.

Mit der Politik des billigen Geldes hat Mario Draghi die Konjunktur in Europa nicht positiv beeinflusst. Der historische Beschluss der EZB, die Leitzinsen auf 0 zu senken, macht Sparbücher oder Festgelder fast wertlos. Weil die Verzinsung unterhalb der Preissteigerungsrate liegt, spielen manche Banken mit dem Gedanken der Negativverzinsung. Sie tun das mit dem Argument, dass sie auch etwas bezahlen müssen, wenn sie ihre Einlagen bei der EZB lagern. Die Leitzinssenkung auf 0 bedeutet für die Personen, die etwas für ihren Ruhestand ansparen wollen, dass viel weniger ausgezahlt wird, als ursprünglich erwartet. Das kann zurzeit nur Konsumverzicht bedeuten, um für die Zukunft zusätzliches Geld zu Seite zu legen. Bei der Nullzinspolitik sind Sozialversicherungen, Lebensversicherer und Krankenversicherungen betroffen, die die gegebenen Ertragsversprechen auf Sicht nicht mehr einhalten können. Es wird wohl so sein, dass am Ende der Beitragszahler zur Kasse gebeten wird. Das Einzige, das man positiv werten könnte ist, dass der Euro geschwächt wird.

Über Steuerhinterziehung berichten die Presse und die Medien gerne, erst recht, wenn es bekannte Persönlichkeiten betrifft. Viel zu wenig wurde über das Thema Cum-Ex-Deals gesprochen und geschrieben. Kürzlich zahlten Wuppertaler Ermittler 5 Millionen Euro für Daten, die ein Insider auf einem USB-Stick gespeichert hatte. Erwartet werden dadurch Einnahmen von 700 Millionen Euro für sogenannte Cum-Ex-Geschäfte, bei denen sich Investoren die Kapitalertragssteuer vom Staat mehrfach erstatten lassen, obwohl sie nur einmal gezahlt wurde. Der Finanzminister Nordrhein-Westfalens, Norbert Walter-Borjans, benannte 129 Finanzdienstleister, die sich durch diese Manipulation am Staat (Steuerzahler) bereicherten. Ein ins Leben gerufener Bundestagsuntersuchungsausschuss soll in Kürze Klarheit über die Rolle der Verdächtigen (darunter Deutsche Bank, Frankfurt; Barclay, London; Goldman Sachs; UBS, Zürich u.a.m.) sowie der deutschen Aufsichtsbehörden aufklären. Dieses Dividentenstripping (Cum-Ex-Trade) ist eine Steuergestaltung, bei der es um viele Milliarden Euro geht.

Der Migrationsforscher und Oxford-Ökonom Paul Collier gibt in seinem jüngsten Buch zum Thema Migration Bundeskanzlerin Merkel die Schuld, dass sie mit ihrem Satz „Wir schaffen das“ Deutschland und Europa ein gewaltiges Problem aufgebürdet hat. Er ist der Ansicht, dass Menschen aus sicheren Drittstaaten diese Worte als Einladung verstanden haben. Die relativ Wohlhabenden aus den Krisenländern versuchen, sich hier sesshaft zu machen. Damit fehlen sie aber ihrem eigenen Land, um eine stabile Zukunft (die dringend benötigt wird) zu ermöglichen. Heute wird bereits laut die Frage gestellt, wer das bezahlen soll?! Hochrechnungen beziffern die Flüchtlingskosten der nächsten Jahre auf bis zu 450 Milliarden Euro. Für uns Deutsche wird sich die Frage stellen, wo wir zum Wohle der Flüchtlinge verzichten müssen. Der Verteilungskampf ist ja erst am Anfang und noch längst nicht richtig ausgebrochen. In seinem Buch „Verteilungskampf“, was gerade erschienen ist, beschreibt der Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts DIW die aktuelle Situation. Am 17. Januar 2016 druckte die Welt die Erfahrungen einer Flüchtlingshelferin ab, die Sie unter dem Link <http://www.welt.de/print/wams/hamburg/article151089911/Ich-halte-es-nicht-mehr-aus.html> nachlesen können. Sie hat die Erfahrung gemacht, dass 90% der Flüchtlinge unangenehm sind, extrem fordernd, unzuverlässig und aufdringlich. Wir kommentieren das nicht und lassen den Bericht so stehen.

Für den deutschen Bürger ist die Digitalisierung der Arbeitswelt, die Nullzinsen der Draghi-Politik, Altersarmut aber besonders die Integration von Flüchtlingen Gesprächsthema. Bei den Landtagswahlen am vergangenen Wochenende haben Protest- bzw. Nichtwähler den etablierten Parteien einen Denkkzettel verpasst. Es versteht sich von selbst, dass die Wahlergebnisse Kanzlerin Merkel nicht stürzen werden und dass Sockelbild des SPD-Chefs Gabriel nur wenig angekratzt wird. Aber es sollte ein Warnsignal dafür sein, dass die Politik den kleinen Mann nicht mehr erreicht und die Gesellschaft von unserer politischen Führung enttäuscht ist. Die Staatspleite Griechenlands beschäftigt auf Sicht den deutschen Steuerzahler und das nächste Problem (die Flüchtlingskrise) mit den damit verbundenen Kosten kommt in Riesenschritten auf uns zu. Für das alles hat die Politik bisher noch keine Lösung und tritt auf der Stelle. Wenn die große Koalition das nicht erkennt, verliert sie weiter an Wählerstimmen und stärkt damit Protestparteien wie die AfD. Politik und Wirtschaft müssen umdenken, damit Deutschland auch künftig Motor der EU bleibt.

Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

Es kann nur ein Schmeichler sein, der behauptet, der Edelstahlmarkt ist nicht erfreulich. Seit vielen Monaten warten wir schon auf eine Erholung – bisher vergeblich. Die Verbraucher von Edelstahl Rostfrei sind in der glücklichen Lage, kurzfristig zu disponieren, weil keine langen Lieferzeiten angesagt sind. Die Edelstahlproduktionen in Deutschland wurden abgebaut, aber eine wesentliche Marktveränderung hat sich dadurch nicht ergeben. In Europa ist zwischenzeitlich Belgien der größte Edelstahlproduzent, gefolgt von Italien, Finnland und Spanien.

Die Wachstumszahlen Chinas sind nicht mehr zweistellig, aber in Europa wäre man froh, mindestens 7% Wachstum vorzeigen zu können. Auf Grund der Sättigung im eigenen Land hat sich eine enorme Überkapazität bei der Herstellung von rost- und säurebeständigen Flachprodukten (Bleche und Bänder) gebildet. Die aufgebauten Tonnagen müssen über Billigpreise abgegeben werden. Für Deutschland ist das insofern kein Thema, als dass auf chinesisches und taiwanesisches Material Anti-Dumping-Zölle erhoben werden. Das macht die Einfuhr von Chrom-Nickel-Stählen (z.B. 1.4301) sowie molybdän- und titanstabilisierten Stählen (z.B. 1.4404/1.4571) unmöglich.

Es ist nicht so, dass der Bedarf an Blechen und Bändern extrem eingebrochen ist. Aber das, was gefragt wird, erscheint manchen Anbietern so interessant, dass sie nicht mal mehr kostendeckend offerieren. Das kann für einige lagerführende Händler sowie Serviceunternehmen in Deutschland auf Sicht nicht gesund sein.

Die Rohstoffmärkte

Die Preisübersicht im nachstehenden Abschnitt spricht für sich. Wir können im Augenblick keine wesentliche Veränderung erkennen und es gibt keine Gründe, dass der Nickelpreis steigt. Selbst, wenn Nickelanbieter die Kapazitäten zurück fahren, ist der Lagerbestand noch reichlich und wird sich in den Notierungen in nächster Zeit nicht nach oben entwickeln. Wenn jetzt zusätzlich die indonesische Regierung das Exportverbot für Nickelerz aufhebt, könnte es zu einer weiteren Erhöhung des Angebotes kommen. Das wiederum setzt den Preis unter Druck. Der Nickelpreis im Februar 2016 war der gleiche wie in 2003. Folgt man allerdings der Meinung der INSG (International Nickel Study Group), wird es in diesem Jahr eine Nickelunterdeckung geben. Für solche Prognosen eine glaubhafte Erklärung zu finden, fällt allerdings sehr schwer. Beim Ferrochrom (der jeweils quartalsweise festgeschrieben ist) wird es auch im nächsten Quartal keine Veränderung geben. Auch der Molybdänpreis dümpelt so vor sich hin und man kann ihn auf diesem Niveau als stabil ansehen.

Es sind weder Preissteigerungen nach oben oder unten zu erkennen, was bedeutet: auch in nächster Zeit „alles beim alten“.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.191	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
04.01.2016	1.0790	8.515	8.565	441.342	781	1.101
01.02.2016	1.0887	8.450	8.525	446.676	776	1.103
01.03.2016	1.0842	8.535	8.565	439.932	785	1.122
22.03.2016	1.1208	8.650	8.700	431.148	771	1.088

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ	Höchste LZ	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Juli	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2015 €/to	2015 €/to	2016 €/to	2016 €/to	2016 €/to	2016 €/to	2016 €/to	2016 €/to	2016 €/to	2016 €/to	2016 €/to	2016 €/to	2016 €/to	2016 €/to
4016	11/15 - 438	07/15 - 486	460	426	400	410								
4113	11/15 - 510	05/15 - 623	526	501	474	485								
4301	10/15 - 985	01/15 - 1.327	927	872	827	869								
4310 *)	10/15 - 926	03/15 - 1.229	893	845	780	817								
4310Mo*)	10/15 - 951	03/15 - 1.291	899	849	807	845								
4404	01/15 - 1.928	12/15 - 1.332	1.231	1.189	1.134	1.191								
4521	12/15 - 652	02/15 - 811	676	661	633	646								
4539	12/15 - 2.350	01/15 - 3.588	2.121	2.064	1.976	2.087								
4571	12/15 - 1.352	01/15 - 1.959	1.248	1.204	1.150	1.207								
4828	10/15 - 1.259	01/15 - 1.752	1.170	1.102	1.047	1.102								

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2015 €/to	tiefst 2015 €/to	Jan 2016 €/to	Feb 2016 €/to	Mrz 2016 €/to	Apr 2016 €/to	Mai 2016 €/to	Jun 2016 €/to	Juli 2016 €/to	Aug 2016 €/to	Sep 2016 €/to	Okt 2016 €/to	Nov 2016 €/to	Dez 2016 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Apr. 390	Nov. 210	200	190	200									
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Mai 1.200	Nov. 750	740	750	780									
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	März 1.680	Dez. 1.040	1.000	1.020	1.060									

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team